

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung
des Ortsbeirates Oppau
von Ludwigshafen am Rhein

Sitzungstermin:	Dienstag, den 28.01.2025
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:05 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungszimmer des Oppauer Rathauses, Edigheimer Str. 26

Anwesend waren:

Ortsvorsteher

Frank Meier

SPD-Ortsbeiratsfraktion

Martina Blaufuß

Frank Dudek

Florian Gerszewski

Friedrich Poh

Gregory Scholz

Hubert Seipolt

CDU-Ortsbeiratsfraktion

Christiane Ohlinger-Kirsch

Kirsten Pehlke

Dirk Rottmüller

Dominik Therre

FWG-Ortsbeiratsfraktion

Stefanie Disqué

Maximilian Metz

Helge Moritz

DIE GRUENEN - Ortsbeiratsmitglied

Antje Schröder

Schriftführer/in

Nicole Wagner

im Ortsbezirk wohnende Stadtratsmitglieder

Joannis Chorusis

Entschuldigt fehlten:

CDU-Ortsbeiratsfraktion

David Caruana

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht Ortsvorsteher
3. Information zur seismischen Bodenuntersuchung im Rahmen des Geothermie-Vorhaben der BASF
Vorlage: 20250772
4. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 690 "Lidl-Markt Edigheimer Straße", Verfahrensstand: Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 20250736
5. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Sicherung des Geweges im Bereich Münchbuschweg
Vorlage: 20250787
6. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Ausbau Haltestellen
Vorlage: 20250791
7. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Überprüfung der Kanalisation, die bei Starkregen zur Überflutung der Straßen führen
Vorlage: 20250782
8. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Entschärfung der Geschwindigkeit durch bauliche Veränderungen Brüsseler Ring
Vorlage: 20250788
9. Anfrage der FWG-Ortsbeiratsfraktion
Abrechnung der Straßenausbaubeiträge im Ortsbezirk
Vorlage: 20250792
10. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Versetzen des Zigarettenautomaten vor dem Eingang zum Oppauer Stadtpark
Vorlage: 20250783
11. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Beschattung der Stadtteilbibliothek in Edigheim
Vorlage: 20250789
12. Anfrage der FWG-Ortsbeiratsfraktion
Bohrungen mit größerem Bohrgerät im Bereich des Fernheizwerk Pflingsteide
Vorlage: 20250793
13. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Turnus von Sicherheitsbefahrungen durch die Feuerwehr

Vorlage: 20250784

14. Anfrage der FWG-Ortsbeiratsfraktion
Sicherheit der Fußgängerbrücke über den Brüsseler Ring, Pfingstweide
Vorlage: 20250794
15. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Zusammenhang zwischen illegalen Müllablagerungen und der Erhebung von Gebühren
auf den Wertstoffhöfen
Vorlage: 20250786
16. Anfrage der FWG-Ortsbeiratsfraktion
Vermuteter Stand an leerstehenden Gebäuden mit Wohneinheiten im Ortsbezirk
Vorlage: 20250795

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Ortsbeirat Oppau war beschlussfähig.
Der Ortsvorsteher, Herr Meier, begrüßt die Mitglieder des Ortsbeirats, die Vertreter der
Presse und der Verwaltung sowie die anwesenden Bürger.

Protokoll:

zu 1 Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen der anwesenden Bürger gestellt.

zu 2 Bericht Ortsvorsteher

Herr Meier begann seinen Bericht mit der Anliegendeninformation über die „Ruthengewannstraße“ – Straßenausbau, die am 05.02.2025 stattfand.

zu 3 Information zur seismischen Bodenuntersuchung im Rahmen des Geothermie-Vorhaben der BASF

Die Präsentation erfolgte durch die Mitarbeiter der BASF, Herrn Fanelsa und Herrn Neumann sowie der Firma Vulcan Energie, Herrn Hauck und Herrn Franzen. Dies ist ein gemeinsames Projekt von BASF und Vulcan Energie, Technische Werke Ludwigshafen und Stadtwerke Frankenthal.

Darin ging es um:

- die Vorteile der Geothermie für die Gemeinden der Vorderpfalz,
- Energie- und Lithiumgewinnung, Vulcan Konzept
- Co₂ Emissionen zu reduzieren am BASF-Standort
- Energiewende in der Region
- Chancen einer Erschließung der regionalen Geothermie
- 3 Phasen eines Geothermie-Projekts
- Datengenerierung durch Seismik
- Erfahrung mit seismischen 3D-Untersuchungen
- Energiewende in der Region
- 2D Linie in Oppau, Ludwigshafen

Im Oberrheingraben gibt es Lithium in großen Mengen. Dieses will die Firma Vulcan Energie über Grundwasserbohrungen an die Oberfläche transportieren. Das Wasser in den jungen Gesteinsschichten unter der Stadt ist außerdem besonders heiß. Daher eignet es sich gut für die Nutzbarmachung über ein Kraftwerk, um Prozessdampf für die BASF sowie Heizwärme zu erzeugen. Per Geothermie könnten Schätzungen zufolge etwa 15.000 Haushalte mit Wärme versorgt werden.

Die Bürger stellten Fragen, welche von Herrn Neumann, Herrn Hauck und Herrn Franzen beantwortet wurden.

Die Ortsbeiräte bedankten sich für die ausführliche Präsentation.

Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem einsehbar.

zu 4 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 690 "Lidl-Markt Edigheimer Straße", Verfahrensstand: Aufstellungsbeschluss

Frau Dettweiler vom Bereich städtebauliche Planung, Abteilung Nord stellte den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan vor, erklärte die wichtigsten Grundlagen und beantwortete die Fragen der Ortsbeiräte, die sich hierfür bedankten.

Nach eingehender Diskussion gab es eine Abstimmung für den Aufstellungsbeschluss:

10 Ortsbeiräte stimmten dafür, 1 Stimme dagegen und 3 Stimmen enthielten sich.

Die Präsentation kann im Ratsinformationssystem eingesehen werden.

**zu 5 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Sicherung des Gehweges im Bereich Münchbuschweg**

Die Stellungnahme erfolgte über den Bereich Straßenverkehr:

Die Parksituation im Münchbuschweg (Edigheim) ist mit dem Verkehrszeichen 290.1-40 (Beginn eines eingeschränkten Halteverbots für eine Zone doppelseitig (Rücks. Z. 290.2) und mit dem Zusatzschild (Parken in gekennzeichnete Fläche erlaubt) beschildert. Die Parkflächen sind vollständig auf der Straße gesetzt - der Gehweg ist nicht als Parkfläche ausgewiesen und darf entsprechend auch nicht vollständig und/oder halbseitig beparkt werden.

Um den Gehweg effektiv abzusichern und die Benutzung durch unberechtigte Verkehrsteilnehmer zu unterbinden, wäre eine lückenlose Platzierung von Pollern entlang des Gehwegs erforderlich. Von dem Kostenfaktor (Anschaffung, Installation, Wartung) und dem Preis-/Leistungsverhältnis abgesehen, würden Poller das Straßenbild erheblich beeinträchtigen und den Gehweg einengen.

Die Kolleg*innen der Einsatzleitstelle / ruhender Verkehr haben zusätzlich zu den üblichen Kontrollen die Örtlichkeit am 21.01.2025 vor Ort überprüft. Die Prüfung ist negativ ausgefallen – es konnte also kein Verstoß der Parkvorschriften oder andere Ordnungswidrigkeiten festgestellt werden. Der Münchbuschweg wird weiterhin bei den üblichen Kontrollen miteinbezogen.

Gerne kann jedoch jederzeit die Einsatzleitstelle bei Ordnungswidrigkeiten unter der Rufnummer 0621/504-3212 kontaktiert werden.

Die Ortsbeiräte sind mit der Aussage der Verwaltung nicht einverstanden und wünschen konkretere Aussagen sowie Uhrzeit der Kontrollen und welche Kosten verursacht werden.

zu 6 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion Ausbau Haltestellen

Die Stellungnahme erfolgte durch die RNV:

Digitaler Ausbau Haltestellen

Wir gehen davon aus, dass mit "digitalem Ausbau" eine Ausstattung der genannten Haltestellen mit Anzeigern des dynamischen Fahrgastinformationssystems - kurz DFI - gemeint ist. Es ist bisher nicht vorgesehen, dass alle Haltestellen in Ludwigshafen einen DFI-Anzeiger erhalten werden. Es gibt eine zwischen der Stadt Ludwigshafen und rnv abgestimmte Planung, welche Haltestellen mit DFI auszustatten sind. In diese Planung sind eingeflossen

- Anzahl der Abfahrten an der betreffenden Haltestelle
- Anzahl der Fahrgäste an der betreffenden Haltestelle
- Budget der Stadt Ludwigshafen für eine Ausstattung von Haltestellen mit DFI

Für die beantragten Haltestellen Kirchenstraße, Stützelstraße und Horst-Schork-Straße ist bisher keine Ausstattung mit DFI vorgesehen. Die an DFI angezeigten Informationen können für jede Haltestelle von rnv aber über die App "rnv Start.Info" z.B. am Smartphone abgerufen werden.

Barrierefreier Ausbau Haltestellen

Der barrierefreie Ausbau von Bushaltestellen liegt im Aufgabenbereich der Stadt Ludwigshafen, Bereich Tiefbau (4-14). Vom Bereich Stadtplanung, Verkehrsplanung und Stadterneuerung (4-12) hat rnv die Information erhalten, dass daher diesbezüglich eine Antwort/Stellungnahme von 4-14 erfolgen wird.

Linie 89 an Samstagen und Sonntagen

Die Linie 89 Oppau Fritz-Haber-Straße- Friesenheim – Sternstraße – Oggersheim – Notwende/Melm verläuft über den gesamten Fahrweg parallel zu weiteren Linien von rnv, die an allen Tagen der Wochen verkehren. Die zusätzliche Einführung der Linie 89 mit Einsatztagen von Montag bis Freitag erfolgte im Jahr 2020 im Hinblick auf den Berufs- und Schülerverkehr zur Stärkung des ÖPNV in der Stadt Ludwigshafen i.V.m den besonderen Herausforderungen bei der Abwicklung des Verkehrs durch die Hochstraßenprojekte. Aber auch an Samstagen und Sonntagen besteht zwischen Oppau und Oggersheim tagsüber ein regelmäßiges ÖPNV-Angebot im Verlauf der Linie 89, in dem

- von der Haltestelle Oppau Fritz-Haber-Straße mit der Stadtbahnlinie 7 bis zur Haltestelle Rheinfeldstraße gefahren und dort in die Buslinie 70 in Richtung Oggersheim Adolf-Kolping-Straße umgestiegen wird bzw.

- von Oggersheim mit der Buslinie 70 bis zur Haltestelle Rheinfeldstraße gefahren und dort in die Stadtbahnlinie 7 nach Oppau Fritz-Haber-Str. umgestiegen wird.

Diese Fahrtmöglichkeiten bieten in übereinstimmender Auffassung der Stadt (4-12) und rnv für das zu erwartende Fahrgastpotenzial an Samstagen und Sonntagen derzeit ausreichende Kapazität und sind angemessen attraktiv. Für eine Ausweitung des Fahrtenangebots der Linie 89 an Samstagen und Sonntagen wird daher aktuell kein Handlungsbedarf gesehen – und aufgrund der wirtschaftlichen Lage der Stadt nimmt rnv an, dass hier in dieser Gesamtkonstellation auch kein Handlungsspielraum besteht.

Die folgende Stellungnahme des Bereichs Tiefbau wurde zur Kenntnis genommen:

Im vergangenen Jahr war eine Realisierung des barrierefreien Ausbaus der Haltestelle im Bereich des Seniorenwohnparks und des MVZ Oppau aus personalkapazitären Gründen nicht möglich. Die Haltestelle soll nun in diesem Jahr fertig geplant und deren bauliche Umsetzung ausgeschrieben werden, so dass eine zeitnahe Realisierung erfolgen kann.

Bezüglich der Themen digitaler Ausbau der Haltestellen Kirchenstraße, Stützelstraße, Horst-Schork-Straße sowie Prüfung der Linie 89 erhalten Sie eine gesonderte Stellungnahme des Bereichs Stadtplanung, Verkehrsplanung und Stadterneuerung bzw. der RNV.

**zu 7 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Überprüfung der Kanalisation, die bei Starkregen zur Überflutung der
Straßen führen**

Die Stellungnahme erfolgte durch den Bereich Stadtentwässerung und wurde zur Kenntnis genommen:

Die Leistungsfähigkeit der Kanalisation entspricht sowohl in der Oppauer Straße als auch in der Edigheimer Straße den nach DWA-Richtlinien geforderten Ausbaustandards. Die schadlose Ableitung des anzusetzenden Bemessungsereignisses (Auftrittswahrscheinlichkeit einmal in drei Jahren) ist gewährleistet. Ein Überstau an den Kanalschächten (Austritt von Abwasser) stellt sich nicht ein.

Das Kanalnetz wird gem. den gesetzlichen Vorgaben alle 10 Jahre untersucht und davor gereinigt. Die Abwasserkanäle in Edigheim wurden im Kreuzungsbereich Oppauer Straße/Bürgermeister-Fries-Straße im März 2019 mit der Kamera untersucht, die Abwasserkanäle in Oppau zwischen Bahnübergang und Humboldtstraße im November 2020. In beiden Bereichen wurden keine abflussbehindernden Schäden festgestellt.

Der Bereich 4-24 Stadtentwässerung und Straßenunterhalt ist durch den Bereich 4-14 Tiefbau als Straßenbaulastträger beauftragt, die Schmutzfangemimer der Straßeneinläufe („Sinkkästen“) entlang der Ortsstraßen im Zuständigkeitsbereich von 4-14 in der Regel 1 x jährlich zu reinigen.

Nach der Beschreibung müsste es sich im Kreuzungsbereich in Edigheim um den Sinkkasten 00791-SK33 handeln. Dieser Sinkkasten und weitere in diesem Bereich wurden am 19.09.2024 zuletzt geleert. Erkennbare Mängel wurden nicht dokumentiert.

Eine erneute Überprüfung am 21.01.2025 ergab hinsichtlich des Füllgrades des SK-Eimers noch keinen dringenden Handlungsbedarf. Da der Sinkkasten aber offenbar Anlass zur Beschwerde liefert, werden wir eine Freigabe zur Untersuchung der Anschlussleitung mittels Kamera bei 4-14 beantragen.

Die Sinkkästen in Oppau stehen aktuell zur turnusmäßigen Leerung an.

Aufgrund des Frostes ist eine Leerung der Sinkkasteneimer derzeit generell nur schwer möglich, da einerseits die Roste in den Rahmen festgefroren sind und das feuchte SK-Räumgut in den SK-Eimern ebenfalls. Sobald die Witterung es zulässt, werden wir die betroffenen Bereiche vorrangig bearbeiten.

Es wurde auf die Stellungnahme verwiesen.

**zu 8 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Entschärfung der Geschwindigkeit durch bauliche Veränderungen
Brüsseler Ring**

Zu diesem Top lag in der Ortsbeiratssitzung am 28.01.2025 keine Stellungnahme der Verwaltung vor.

**zu 9 Anfrage der FWG-Ortsbeiratsfraktion
Abrechnung der Straßenausbaubeiträge im Ortsbezirk**

Die Stellungnahme erfolgte durch den Bereich Tiefbau:

Bei der Verwendung von Zuweisungen und Zuschüssen ist stets vom Verwendungszweck auszugehen, welcher i.d.R. vom Zuweisungs- oder Zuschussgeber vorgegeben wird, ob diese

- den Gesamtaufwand (verringert Gemeindeanteil, wie auch den Anteil der Beitragspflichtigen),

- den Gemeindeanteil oder
- den Anteil der Beitragspflichtigen

verringern sollen.

Insoweit sind nicht nur – wie in der Anfrage aufgeführt - zwei, sondern insgesamt drei Fallvarianten theoretisch denkbar.

In der Praxis relevant sind in der Regel Zuschüsse vom Land. Diese reduzieren ausschließlich den Gemeindeanteil.

Verweis auf die Stellungnahme.

**zu 10 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Versetzen des Zigarettenautomaten vor dem Eingang zum Oppauer
Stadtpark**

Zu Beginn der Sitzung vom 28.01.2025 lag noch keine Stellungnahme der Verwaltung vor, die Fraktion bittet zeitnah um Beantwortung der Anfrage.

**zu 11 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Beschattung der Stadtteilbibliothek in Edigheim**

Die Stellungnahme erfolgte durch den Bereich Gebäudewirtschaft:

Die Stadtteilbibliothek befindet sich in einer Anmietung. Wir werden mit dem Vermieter die Möglichkeiten einer Beschattung besprechen.

Die Aussage der Verwaltung ist für den Ortsbeirat unzufrieden stellend da bei der letzten Ortsbeiratssitzung die gleiche Antwort der Verwaltung vorlag und bittet um konkrete Aussagen.

**zu 12 Anfrage der FWG-Ortsbeiratsfraktion
Bohrungen mit größerem Bohrergerät im Bereich des Fernheizwerk
Pfungsteide**

Die Stellungnahme wurde von der TWL übermittelt:

„Zur Intensivierung des Grundwasser Monitorings werden entsprechende Bohrungen zur Errichtung und Inbetriebnahme von drei weiteren geeignet platzierten Grundwassermessstellen durchgeführt.“

Der Ortsbeirat wünscht sich konkretere Aussagen der TWL und der Ortsvorsteher wird Kontrakt mit der TWL aufnehmen.

**zu 13 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Turnus von Sicherheitsbefahrungen durch die Feuerwehr**

Die Stellungnahme erfolgte durch den Bereich Feuerwehr:

Gemeinsame Befahrungen von Stadtteilen von der Verkehrsüberwachung und der Feuerwehr finden in unregelmäßigen Abständen und nach besonderen Anlässen statt und werden nicht öffentlich angekündigt. Anlässlich der Anfrage werden die Verkehrsüberwachung und die Feuerwehr eine Befahrung in den nächsten Wochen abstimmen und den Ortsvorsteher zu dem Termin einladen.

Es wurde auf die Stellungnahme verwiesen.

**zu 14 Anfrage der FWG-Ortsbeiratsfraktion
Sicherheit der Fußgängerbrücke über den Brüsseler Ring, Pfingstweide**

Die Stellungnahme erfolgte über den Bereich Tiefbau und wurde zur Kenntnis genommen:

Frage 01:

Welche Schäden liegen an der Brücke BW0003 (Fußgängerbrücke über den Brüsseler Ring, Pfingstweide) vor?

Das Bauwerk BW0003 ist an vielen Stellen stark durchfeuchtet. Viele Fugen sind undicht, das Fugenmaterial ist gerissen und spröde. Über das gesamte Bauwerk bestehen Feuchtigkeitsschäden mit Tauwassersalzeintrag, die die Bewehrung schädigen. Aus den genannten Gründen ist der Beton an vielen Stellen abgeplatzt und die Bewehrung liegt frei. Die Brückenaufleger haben sich verformt.

Frage 02:

Weisen die beiden Brücken BW0001 „Londoner Ring“ und BW 0002 „Prager Straße“ ein ähnliches Schadensbild auf?

Die beiden Brücken BW0001 „Londoner Ring“ und BW 0002 „Prager Straße“ weisen die gleichen Schäden auf, jedoch nicht im selben Umfang wie bei BW0003.

Frage 03:

Über welchen Zeitraum wird sich die Instandsetzung erstrecken?

Eine Aussage über Instandsetzungen kann erst nach weiteren Untersuchungen am Bauwerk erfolgen.

Frage 04:

Ist eine Sperrung für den Fußgängerverkehr geplant?

Lediglich für die Untersuchungen ist das Bauwerk BW0003 zu sperren. Dies wird in der nächsten Zeit umgesetzt werden.

Frage 05:

Wird die Instandsetzung aus den Mitteln der Ausbaubeiträge finanziert?

Nein. Instandsetzungen der Bauwerke werden aus dem Finanz- oder Ergebnishaushalt finanziert.

Herr Parti (AL Bauwerke) aus dem Bereich Tiefbau 4-143 will bei der nächsten Sitzung zu diesem Thema Stellung nehmen.

**zu 15 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Zusammenhang zwischen illegalen Müllablagerungen und der Erhebung
von Gebühren auf den Wertstoffhöfen**

Die Stellungnahme erfolgte über den Bereich Umwelt und Wirtschaftsbetriebe und wurde zur Kenntnis genommen:

Bürgerinnen und Bürger der Stadt Ludwigshafen haben die Möglichkeit, Sperrabfall, Altholz, Grünabfall, Elektroschrott, Bauschutt, Altreifen, Altöl, Problemabfälle etc. abzugeben. Seit dem 01.01.2012 gibt es auf den Wertstoffhöfen der Stadt Ludwigshafen Gebühren für die Anlieferung von Sperrabfall, Altholz, Bauschutt, Altreifen und Altöl. Ebenso kostet die Abgabe von Restabfall in dafür vorgesehenen Säcken eine Gebühr. Alle weiteren Abfälle und Wertstoffe wie z.B. Grünabfall, Elektrogeräte, Problemabfälle wie Chemikalien sind auch weiterhin kostenfrei.

Darüber hinaus haben die Bürger*innen Ludwigshafens einmal im Jahr die Möglichkeit, sperrige Gegenstände des Haushalts kostenlos abholen zu lassen. Weitere Abholungen sind gegen Gebühr möglich. Für den Fall, dass schnell oder zu einem bestimmten Termin größere Mengen entsorgt werden müssen, kann der Sperrabfall-Express-Service gegen Gebühr bestellt werden.

Trotzdem hat die Anzahl der illegalen Abfallablagerungen und der damit verbundene Reinigungsaufwand in einigen Brennpunkten der Stadt Ludwigshafen wie z.B. im Stadtteil Nord / Hemshof in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Leider werden Abfälle immer

wieder rücksichtslos und gleichgültig auch an weiteren unterschiedlichen Stellen im Stadtgebiet entsorgt bzw. abgelagert. Ohne eine Verhaltensänderung wird es schwierig sein, die hohe Anzahl der Abfallablagerungen deutlich zu reduzieren. Hier ist der Verschmutzungsgrad derart hoch, dass die vielen Ablagerungen trotz der Mängelmelder-App oder des Kundenservice der öffentlichen Verwaltung (Behördentelefonnummer 115) nicht immer zeitnah beseitigt werden können.

Seit Beginn der Aufzeichnungen der Fallzahlen für Abfall, die nicht nur illegale Abfallablagerungen, sondern auch satzungs- oder abfallrechtlich relevante Vorgänge wie z.B. Behältervolumenerhöhungen, Behälterstandplatzangelegenheiten, Abfalltrennungsvorgänge, Verstöße gegen das Elektroggesetz, die Altfahrzeugverordnung, das Verpackungsgesetz sowie verunreinigte Grundstücke enthalten, war ein stetiger Anstieg zu verzeichnen. Ein besonderer Anstieg zwischen den Jahren 2011 und 2012 konnte nicht festgestellt werden, jedoch belief sich die Anzahl der Fälle auf einem deutlich niedrigeren Niveau als heutzutage, d.h. seit ca. 2019 mit rund 5 Mal so hohen Fallzahlen. Als Begründung kann die Einstellung der Außendienstmitarbeitenden im Abfallvollzug im Jahr 2019 sowie die Einführung der Mängelmelder-Plattform genannt werden. Es werden grundsätzlich mehr Fälle festgestellt und zur Beseitigung gemeldet.

Neben dem Mängelmelder kontrollieren unsere zuständigen Außendienstmitarbeiter des WBL, Entsorgungsbetrieb und Verkehrstechnik, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, regelmäßig die Sauberkeit im Stadtgebiet. Die Ursachenforschung verläuft leider allzu oft im Sande. Deshalb ist der Entsorgungsbetrieb und Verkehrstechnik unabhängig von unseren Kontrollen dankbar für Hinweise aus der Bevölkerung, um eine kurzfristige Beseitigung durchführen zu können. Die Anzahl der Ermittlungsverfahren hat sich dennoch in den letzten Jahren deutlich erhöht. Verstärkte Kontrollen mit höherem Personaleinsatz der Mitarbeitenden beim Abfallvollzug machen sich bemerkbar.

Die Anlieferung von Sperrabfall auf unseren Wertstoffhöfen ist gemäß § 8 der Abfallgebührenordnung (AGO) der Stadt Ludwigshafen kostenpflichtig, weil damit ein Betrag zur Deckung der Betriebskosten der Wertstoffhöfe und Einnahmen zur Stabilisierung der Abfallentsorgungsgebühren in Ludwigshafen von rund 4% des Gebührenvolumens erzielt werden. Bei Wegfall der Benutzungsgebühren auf den Wertstoffhöfen müssten die Gebühren um diesen Prozentsatz erhöht werden.

Grundsätzlich verfolgt der WBL, Entsorgungsbetrieb und Verkehrstechnik, im Rahmen der Gebührengerechtigkeit das Prinzip, dass die bzw. derjenige, die bzw. der mehr Abfall erzeugt, auch mehr dafür zahlen muss. Die Wertstoffhöfe werden trotz der Gebührenerhebung für einzelne Fraktionen zunehmend genutzt. Die Aussage ist insofern nichtzutreffend, dass die Einführung der Gebührenpflicht auf den Wertstoffhöfen dazu geführt hat, dass deshalb die Leute stattdessen wild entsorgen würden. Illegale Abfallablagerungen bestehen oft auch aus gebührenfreien Fraktionen wie z.B. Elektroaltgeräten, Alttextilien, Leichtverpackungen, Batterien etc. Deshalb würde eine Rücknahme der Gebührenpflicht für die oben genannten Abfallfraktionen nur geringe Auswirkungen auf die Anzahl der illegalen Abfallablagerungen haben, die in keinem Verhältnis zum Gebührenaussfall bzw. zum dann gestörten Gerechtigkeitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger stehen.

Die Anlieferung an den Wertstoffhöfen im Umland des Stadtgebiets Ludwigshafen ist weitgehend kostenpflichtig. Die Aussetzung der Gebührenerhebung auf den Wertstoffhöfen der Stadt Ludwigshafen würde eine Sogwirkung auch von gewerblichen Anlieferungen aus

dem Umland in Richtung der städtischen Wertstoffhöfe entfachen und damit zusätzliche Kosten verursachen, denen keine Erlöse gegenüberstehen.

Der WBL geht auch davon aus, dass diejenigen, die derzeit für viele illegale Abfallablagerungen verantwortlich sind, auch bei kostenfreier Benutzung unserer Wertstoffhöfe, diese nicht anfahren würden und stattdessen die Abfälle weiterhin illegal entsorgen würden.

**zu 16 Anfrage der FWG-Ortsbeiratsfraktion
Vermuteter Stand an leerstehenden Gebäuden mit Wohneinheiten im
Ortsbezirk**

Die Stellungnahme erfolgte durch den Bereich Stadtentwicklung:

die o.g. Anfrage bezieht sich auf eine Auswertung von 1-16, die im Jahr 2021 im Zusammenhang mit der Prüfung, ob eine Satzung zur Vermeidung von Zweckentfremdung von Wohnraum für Ludwigshafen in Betracht kommen könnte, erfolgt ist. Es handelt sich demnach um eine einmalige Auswertung, die nicht standardmäßig durchgeführt werden kann. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass bei der Auswertung im Jahr 2021 nur vollständig leerstehende Wohngebäude erfasst werden konnten. Eine Erfassung von einzelnen leerstehenden Wohnungen innerhalb von Wohngebäuden ist auf Grund der vorliegenden Daten nicht möglich. Von daher liefert eine solche Auswertung keine umfassenden Ergebnisse zum Wohnungsleerstand.

In Anbetracht der o.g. Punkte kann die o.g. Anfrage von 1-16 nicht beantwortet werden.

Die Aussage der Verwaltung ist für den Ortsbeirat nicht zufriedenstellend.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der Vorsitzende um
19:05 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 20.02.2025

Nicole Wagner
Schriftführerin

Frank Meier
Vorsitzender